

Von der Hand in den Mund

Annette
Duschinger

Die Norweger sind ein optimistisches Volk. Ein Grund dafür ist der ständig wachsende Kontostand des Landes, den das Land vor allem einem Bodenschatz zu verdanken hat: Im Dezember 1969 wurden die ersten Ölvorkommen in der Nordsee entdeckt, die Förderung begann rechtzeitig zum ersten Ölpreisschock 1973 und seit 1975 wird exportiert. Als 1996 der Staatshaushalt erstmals einen Überschuss aufwies, wurden die ersten 2 Milliarden Kronen in einen Ölfonds eingezahlt und seitdem wird gespart. Das Land bemühte sich nach Kräften, die makroökonomischen Effekte seines Ölreichtums zu minimieren, um die Teuerung im Land stabil zu halten. Und nicht zuletzt wurde die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung aufrecht erhalten.

Schließlich wurde der Ölfonds, als mit dem Vermögen auch die Ideen zu seiner Verwendung wuchsen, kurzerhand und volkspädagogisch geschickt in „Pensionsfonds“ umbenannt und ist seit 2001 einer sehr weitsichtigen Verwendung unterworfen. Nur der jährliche Anlageertrag des Fonds, rund vier Prozent des Vermögens, das 2006 auf 190 Milliarden Euro bilanziert wurde, darf in den Staatshaushalt fließen. Die Substanz wird nicht angetastet und stellt nach dem Versiegen der Ölquellen eine konstante Einnahmequelle dar, mit der ein Teil zukünftiger Rentenansprüche finanziert werden soll.

Viel Lob heimst diese Politik bei den Experten der OECD ein, die den Fonds als Musterbeispiel für einen klugen Umgang mit Bodenschätzen loben. Als Vorbild aufgegriffen hat die norwegische Politik auch kürzlich Pierre Cramagna, Präsident der Luxemburger „Chambre de Commerce“, als er vorschlug, einen Teil der Erträge des Finanzplatzes einem ähnlichen Zweck zuzuführen. Nun sind die Gewinne eines kurzen Ölzeitalters zwar nicht direkt mit den hoffentlich noch lang sprudelnden Erträgen eines innovativen Finanzplatzes zu vergleichen. Auf Dauer von der Hand im Mund zu leben, bei den

geringsten Schwankungen des internationalen Finanzmarktes, die Immobilienkrise in Amerika lässt grüßen, um den Ausgleich des Haushalts bangen zu müssen und nicht auf ein fettes Pensionspolster vertrauen zu können, ist aber nicht gerade eine beruhigende Perspektive. Und die in Aussicht gestellten Modulationen einer ansonsten automatischen Indexierung, wenn der Ausgleich des Haushalts es erfordert, sind es schon gleich gar nicht.

Die Rentenreserven hier zu Lande füllen sich zwar momentan noch, weil die Pensionsbeiträge derzeit noch die auszahlenden Beträge übersteigen, es ist aber abzusehen, dass die Reserven irgendwann angezapft und auch irgendwann erschöpft sein werden. Die zentrale Frage über die Absicherung der Rentenansprüche in Luxemburg warf bei der rezenten Debatte im Parlament Carlo Wagner auf, als er auf das richtige Timing hinwies: Wann müssen welche Maßnahmen erfolgen und wie tiefgreifend müssen sie sein? Da die Leute betroffen sein werden, die heute in das Berufsleben einsteigen, sollte mit ersten Schritten nicht mehr lange gewartet werden.

Der sozialistische Sozialversicherungsminister Mars Di Bartolomeo machte bei der Debatte im Parlament und auch im anschließenden Fernsehduell eine äußerst schlechte Figur. In Ermangelung irgendwelcher Ideen griff er wieder einmal auf den mittlerweile so abgedroschenen Trick zurück, keine voreiligen Schritte unternehmen zu wollen, sondern eine tiefgreifende, fundamentale Reform vornehmen zu wollen.

Man hat es so satt, von diesem - von manch ansonsten eher kritischen Journalisten immer noch als „reformwillig und pragmatisch“ bezeichneten - Experten für Gesundheitstipps immer wieder Reformen „in den nächsten Wochen“ versprochen zu bekommen: Staatslaboratorium, Schulmedizin, elektronische Patientenakte, Rentensplitting, etc. Und der neue Spitalsplan, der auch seit zwei Jahren „in den nächsten Wochen“ diskutiert werden soll, wird nur leicht angepasst, dafür soll das Krankenhausgesetz aber reformiert werden.

Der Wille zu reformieren mag ja wirklich sehr stark sein. Der Rest ist eher schwach. <